

Erscheint vierzehntägig 10 Nummern S 1.20 Deutschland M 1.20 (inkl. Postzustellung) Österr. Postsparkassen-Konto Nr. 119.471

Arbeiter-Stimme

Redakt.: Wien, XVII., Vinzenzgasse 24, Tel. 20-2-69. — Administration: Wien, XVII., Sautergasse Nr. 26/10, Telephon Nr. 86-8-23

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Opposition)

1. Jahrgang

Wien, Ende März 1928

Nr. 28

Der Aufmarsch des Faschismus beginnt! Die Regierung stellt die Waffen, die Heimwehren mobilisieren. Was macht das Proletariat?

Was wir Kommunisten seit Jahr und Tag unaufhörlich sagten — es beginnt nun feste, furchtbare Formen anzunehmen:

Die Reaktion im Staatsapparat organisiert gemeinsam mit den Heimwehr- und Frontkämpferverbänden die Aufrichtung der faschistischen Diktatur.

Die Polizei ist seit dem 15. Juli zu einer schwer bewaffneten, mit

Maschinengewehren ausgerüsteten

Sturmtruppe des Faschismus geworden. Die neuen Tatsachen, die über die Vorbereitung des Bundesheeres für die blutige Niederschlagung der Arbeiterschaft bekannt werden, zeigen, wie weit die Rüstungen des Faschismus vorgeschritten sind.

Die Organisatoren des Faschismus räumen auf mit der sogenannten »Schlamperei«. Bis ins kleinste Detail, mit peinlichster Genauigkeit, wird alles für den Umsturz vorbereitet. Wie die »A. Z.« mitteilt, sind schon die Tafeln vorbereitet, die in den Tagen des Umsturzes verkündet werden:

„HALT! Wer weitergeht wird erschossen!“

„ACHTUNG! In dieser Straße wird geschossen!“

„Fenster schließen!“

„Wer stehen bleibt, wird erschossen!“

Diese Tafeln sind, fein säuberlich ausgeführt, bereits

in der Roßbauerkaserne untergebracht.

Gleichzeitig werden

Alarmbefehle

einzelner Truppenkommandos bekannt, in denen es wörtlich heißt:

4. Annahme: Truppe wird aus Volkshaufen beschossen. Durchführung: Feuer sofort erwidern: zu zielen auf Anführer und Provokateure. Wenn die Leute sich zerstreuen, ist Feuer einzustellen, doch schußbereit zu bleiben.

5. Annahme: Politischer Beamter verlangt Einschreiten mit Waffengebrauch. Durchführung: Der Kommandant hat sich von der Notwendigkeit zu überzeugen, da der Kommandant für seine Handlung persönlich verantwortlich ist.

6. Annahme: Das Volk will ein öffentliches Gebäude (Schule, Post, Ministerium, Bahnhof usw.) stürmen oder in Brand setzen. Durchführung: Durch entsprechende Aufstellung der Truppe kann schon Verwüstung verhindert werden. Aufforderung zum Einstellen der Handlung mehrmals mit der Androhung von Waffengebrauch ergehen lassen. Wenn wirkungslos, dann erst zum Bajonettangriff (Sturmsignal) übergehen; reicht derselbe nicht aus, dann schießen (vorher Signal).

9. Annahme: Eine Patrouille (Posten) wird aus nächster Entfernung angegriffen. Durchführung: Zuerst mit dem Bajonett durch stützen zu wehren; droht der Angreifer mit einer sichtbaren Schußwaffe oder reicht die Abwehr mit dem Bajonett nicht aus, so ist zu schießen.

Ergibt sich die Notwendigkeit, zu schießen, so dürfen weder Hoch- noch Blindschüsse angewendet werden.

Gleichzeitig organisieren die Heimwehren, insbesondere in Steiermark und Kärnten ihre reaktionären Banden. Mit zynischer Offenheit schreiben sie in ihren Zeitungen (z. B. »Heimatschutz-Zeitung, Klagenfurt) von

den Schießübungen, die sie veranstalten.

Gibt es da noch einen Arbeiter in Oesterreich, der daran zweifelt, daß alle Vorbereitungen für die

blutige Niederwerfung der Arbeiterklasse

getroffen sind?

Was aber macht das Proletariat, um sich zur Wehr zu setzen? An seiner Spitze stehen heute noch dieselben kleinstädtischen Führer, die seit 1918 durch ihre ganze Politik das Proletariat politisch und militärisch entwaffneten, die die Hauptschuld daran tragen, daß die Reaktion heute so furchtbar geworden ist!

Viel kostbare Zeit ist versäumt! Viele günstige Gelegenheiten wurden verpaßt! Viele Waffen wurden an die Arsenalwaffen — wurde unkampflös der Reaktion überlassen!

Aber noch ist die Schlacht nicht verloren!

Aber sie wird es mit tödlicher Sicherheit sein,

wenn die Arbeiterklasse weiter in der Passivität verharrt und denkt:

Die Führer der SP, des Schutzbundes, der Gewerkschaften, werden schon alles Notwendige vorbereiten, beschließen organisieren.

Nein, sie werden es nicht tun! Nein, sie werden bestenfalls Halbheiten, unzulängliche Mittel, nicht aber wirkliche, entscheidende, erfolgversprechende Kampfmaßnahmen vorbereiten.

Fordert Betriebsversammlungen, in denen Ihr selbst über die notwendigen Maßnahmen berätet!

Fordert von Partei, Gewerkschaft, Schutzbund, daß sie Euch bekanntgeben, welche Maßnahmen für den drohenden Überfall vorbereitet werden!

Schluß mit dem schmachlichen Gerede von Abrüstung der Arbeiterklasse!

Heraus mit der Bewaffnung des Proletariats!

Linkskurs in Rußland?

Alarmierende Nachrichten kommen aus Rußland. Die Politik Stalins hat, wie es die russische Opposition mit Trotzky an der Spitze seit langem bewiesen hat, die Klassenkräfte, die dem Proletariat feindlich sind, insbesondere der Großbauern (Kulaken) außerordentlich gestärkt. Gab doch Bucharin bereits vor zwei Jahren die Parole an die Kulaken: »Bereichert Euch!« Nun, die Kulaken haben sich bereichert! Und je stärker das Stalin-Regime die Arbeiterklasse niederdrückte, seine revolutionären Wortführer, die oppositionellen Bolschewiken, verfolgte, verhaftete, deportierte, desto energischer, zügelloser wurde der Druck der Kulaken.

So ist der Sowjetstaat jetzt in die von Trotzky vorausgesehenen, Schwierigkeiten geraten. Die Kulaken halten das Getreide zurück, um höhere Preise, um politische Konzessionen zu erpressen! Es beginnt an Brotgetreide zu mangeln!

Das Stalin-Regime konnte die Tatsachen, die es bisher vertuscht, verschwiegen, abgestritten hat, nicht länger verheimlichen.

Die Not zwingt nun das Stalin-Regime scharfer Maßnahmen zu ergreifen, Getreiderequisitionen durchführen zu lassen. Aber während das Stalin-Regime diese Maßnahmen einschlägt, setzt in den Reihen der Partei und der Sowjetregierung dagegen ein Widerstand von rechts ein. Die offenen Kulakenpolitiker, wie Rykow, wehren sich, daß man den Kulaken zu scharf an-

packt. Der rechte Volkskommissär für Landwirtschaft, P. Smirnow, demissioniert zum Zeichen des Protestes gegen den Druck auf den Kulaken — und wird sofort von Rykow zu seinem ersten Stellvertreter vorgeschlagen und vom Rat der Volkskommissäre ernannt.

Will das Stalin-Regime jetzt wirklich einen revolutionären, proletarischen Kurs einschlagen? Wenn das der Fall wäre, dann müßte es zuerst alle Kräfte des Proletariats mobilisieren, die Opposition zurückberufen, die Spaltung der Partei rückgängig machen. Gerade das Gegenteil geschieht. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß das Stalin-Regime sich nicht geändert hat, daß es, nur getrieben von der Not, einen vorübergehenden Druck ausübt. Aber darin liegt gerade die besondere Gefährlichkeit des Zickzackkurses Stalins, daß er dadurch, daß er zuerst die kapitalistischen Kräfte fördert, die des Proletariats zersetzt, dann aber, wenn ihm die Schwierigkeiten über den Kopf wachsen, zu plötzlichen und scharfen Maßnahmen übergeht, die Kräfte der proletarischen Diktatur zersetzt; eine solche Politik ist nicht links, nicht proletarisch, nicht revolutionär. Sie ist abenteuerlich, kleinbürgerlich, thermidorianisch, sie muß, wenn sie nicht durch den energischen Widerstand des Proletariats beseitigt wird, zur Katastrophe führen. Diese Politik stärkt die offenen Rechten um Rykow, die unterirdisch eine zweite, eine bürgerliche Partei bilden, gemeinsam mit den bürgerlichen Wirtschaftlern mit dem Bürger Ustrjalow an der Spitze.

An unsere Leser!

Die Erhöhung der Graphikerlöhne hat unsere Druckkosten erhöht. Da unsere Zeitung ohne jede Subvention arbeitet, sind wir gezwungen, den Preis um zwei Groschen zu erhöhen.

Die Administration.

Mieterschutz und Neuwahlen.

Als Seipel das Mieterschutz-Abbaugesetz dem Parlament vorlegte, da antwortete die sozialdemokratische Parlamentsfraktion im Chor: »Unannehmbar!« Eldersch erklärte unter dem lauten Beifall der sozialdemokratischen Abgeordneten:

»Dieser Mieterschutzabbau ist undiskutabel, und wenn Sie ihn erzwingen wollen, dann müßten Sie doch vorher wieder die Wähler fragen.«

Diese Erklärung ist in mehrfacher Hinsicht für die Arbeiterklasse aufschlußreich und bemerkenswert. Erstens wird hier nicht in einfacher, klarer Weise gesagt: Am Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden, sondern etwas ganz anderes. Diese Vorlage, mit ihren aufreizenden und brutalen Abbauvorschlägen, mit der Ausschaltung des Parlaments, mit der Luutraumberechnung, ist undiskutabel, ist unannehmbar. Heißt das dasselbe, wie: Am Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden?

Keine Spur! Diese Erklärung läßt jedem Kompromiß Tür und Tor offen. Diese Erklärung sagt, daß das vorgeschlagene Ausmaß und die Form des Abbaues den sozialdemokratischen Führern nicht behagen. Aber diese Erklärung sagt kein Wort davon, daß jede wie immer geartete Verschlechterung des Mieterschutzes von der SP bekämpft werden wird.

Das heißt, daß die Arbeiterklasse nicht einen Augenblick daran zweifeln darf, daß der Kampf um den Mieterschutz im Parlament, der »Kampf« zwischen der Seipelregierung und der Sozialdemokratie von der SP nicht geführt wird, um jeden Angriff auf den Mieterschutz abzuwehren, sondern einzig und allein darum, den »allzu« scharfen, »allzu« aufreizenden Abbau abzuschwächen, »genießbar« zu machen. Die Arbeiterklasse weiß aber aus ihren bitteren Erfahrungen in dieser Republik des Finanzkapitals, daß sie in dem Augenblick, wo sie, von Illusionen erfüllt, nur einen Fußbreit Boden geräumt hat, schließlich alles verloren hat. So geschah es in der Volkswehr, mit dem Arbeiterrat, mit der Bewaffnung der Konterrevolution; so geschah es, als die Arbeiterklasse sich um »unserer Republik willen«, nach dem Grundsatz »Alle Klassen müssen Opfer bringen«, zum Abbau der Lebensmittelmittelzuschüsse, zur Zahlung der Lohnsteuer; schließlich zur offenen Ausplünderung durch Staat und Unternehmer überreden ließ. Heute ist eure »Republik«, auf die ihr so stolz ward, die »rote Insel im weißen Ozean« zur Republik der heiligen Dreieinigkeit: Finanzkapital, Klerus und Polizei geworden.

Eine der letzten Positionen, die eine Verbesserung gegenüber 1914 darstellt, das ist der Mieterschutz.

Wenn sich jetzt die Arbeiterklasse wieder über-tölpeln läßt, wenn sie auch nur die geringste Verschlechterung zuläßt, dann ist der Mieterschutz verloren! Heute, wo ihr bereits die tiefsten Löhne in Europa habt, wo jeder vierte Arbeiter arbeitslos ist, wißt ihr bereits das Lied vom Hunger zu singen! Was erst, wenn ihr den Friedenszins zahlen sollt? Wenn jede Zimmer- und Küche-Wohnung, die 1914 zirka 25 Kronen im Monat gekostet hat, 37 Schillinge kosten wird! Das ist ja bei vielen ein ganzer Wochenlohn, beim Arbeitslosen mehr als 50 Prozent der monatlichen Unterstützung!

Nein, dazu darf es nicht kommen! Die österreichische Arbeiterklasse ist stark genug, um sich gegen den niederträchtigen Anschlag der Seipelregierung zur Wehr zu setzen! Die wirkliche Gefahr ist die Politik der sozialdemokratischen Führer, die um jeden Preis einem wirklichen Kampf ausweichen, die heute schon die Linie des Rückzuges beraten!

Nichts zeigt klarer, was die Führer der S P planen, als die demagogische Parole, die sie jetzt in die Masse schleudern:

Neuwahlen sollen entscheiden!

Wir haben am 24. April Wahlen gehabt. — Die Sozialdemokratie hat gesiegt! Hat das aber die Regierung gehindert, jetzt das Mieterschutz-Raubgesetz einzubringen? Oh, sie hat noch eine kleine Zwischenetappe eingeschoben: Sie hat mit blauen Bohnen und Bajonetten zuerst der Arbeiterklasse beigebracht, daß nicht Stimmzettel entscheiden, sondern die Gewalt. Und Herr in diesem Staate ist eben die Bourgeoisie. Das war die Lehre vom 15. Juli, die für alle Zeiten den Arbeitern die demokratisch-parlamentarischen Illusionen aus den Köpfen reißen mußte.

Heute aber kommen die Führer der S P und wagen wieder zu kreischen: Neuwahlen sollen entscheiden!

Neuwahlen können und werden weder über das Schicksal des Mieterschutzes, noch über irgendeine wirklich ernste Frage entscheiden. Glaubt ihr, diese Bourgeoisie, triumphierend vor Uebermut seit dem 15. Juli, betet die alleinseligmachende Stimmzetteldemokratie an? Mit Gewalt wird sie durchsetzen, was sie will, gleichgültig, wie die Wahlen entscheiden! Die einzigen, die durch Wahlen profitieren, sind die S P - Führer, die, wenn es gelingen sollte, Neuwahlen herbeizuführen und im Proletariat eine neue große Wahlillusion zu erzeugen, am Tag nach den Wahlen sagen würde: Wir haben gesiegt, aber es fehlen uns noch 3 oder 4 Prozent zur absoluten Majorität, wir können nichts machen, die Bauern am Land haben uns noch nicht verstanden.

Und selbst wenn sie die Mehrheit hätten? Entweder sie würden die Befehle des Finanzkapitals durchführen oder — die bewaffnete Gewalt des Faschismus würde sie hinwegjagen, diese kleinbürgerlichen Demokraten, die es niemals wagen werden, die Arbeiter zu bewaffnen.

Nein, Neuwahlen sind nichts anderes als ein bewußtes Ablenkungsmanöver der S P - Führer. Der Mieterschutz muß verteidigt werden! Aber er wird es nicht durch Kompromisse, nicht durch Neuwahlen, er wird es einzig und allein, wenn die gesamte Arbeiterklasse alle ihre Kampfmittel kombiniert und alle ihre Kraft in die Wagschale wirft, wenn sich die Arbeiterklasse durch keine Kniffe der S P - Führer übertölpeln läßt.

Der 15. Juli und der kapitalistische Staatsapparat.

Der 15. Juli hat vor jedem Arbeiter die Frage aufgeworfen: Wie war das möglich? Und immer mehr Arbeiter richten diese Frage an die sozialdemokratischen Führer. Zur Antwort gezwungen, müssen die sozialdemokratischen Führer solche Ursachen aufzeigen, die den Glauben an die sozialdemokratische Politik nicht erschüttern. Vor Monaten versuchte das Otto Bauer so: die Wiederaufrichtung des kapitalistischen Gewaltapparates sei nicht die Folge von Fehlern sondern das Ergebnis eines molekularen Prozesses und das unaufwendbare Resultat der ganzen geschichtlichen Entwicklung Europas seit 1919. Wir haben damals, (in Nr. 16 der »Arbeiterstimme«) diese Bauer'sche Theorie so zerzaust, daß nicht davon übrig geblieben ist.

Aber die Frage wird von den Arbeitern immer dringender gestellt und so versucht nun in der letzten Nummer des »Kampf« ein Schüler Bauer's, Leichter, Antwort in erneuter Form mit dem alten Zweck die Arbeiter durch Verschmieren zu beruhigen.

»Überall ist es der Bourgeoisie in dem Maß wie die kapitalistische Wirtschaft und damit die kapitalistische Herrschaft nach dem Kriege und nach der Revolution wieder erstarkt, gelungen, sich einen der politischen Lage angepaßten Machtapparat zu verschaffen. . . dieser Prozeß ist geradezu unvermeidlich geworden. . . Hier wirkt ganz unzweifelhaft eine gewisse Automatik. . .

Automatik! Unvermeidlich! Ja, aber in ganz anderem Sinne als der Zentrist Leichter herumfackelt.

Indem die Sozialdemokratie ihre Politik nach dem Zusammenbruch auf die Zentrallosung einstellte »Wiederaufbau (des Kapitalismus)!« mußte diese ihre Politik zwangsläufig — hier gilt die Leichter'sche Automatik! — zur Erhaltung, ja schließlich sogar zur klassenmäßigen Verstärkung des Gewaltapparates der Bourgeoisie führen.

Deshalb ist das Ergebnis in ganz Europa dasselbe, weil die sozialdemokratische Politik in allen Ländern dieselbe Einstellung hatte, eben — die sozialdemokratische.

Das Problem darauf reduzieren, die sozialdemokratischen Führer hätten sich von der Biedermanns-pose des Herrn Schober täuschen lassen, heißt mit dürren Worten sagen: sie seien Dummköpfe gewesen. Wer sich nach 1848, 1871 in der Mächtfrage täuschen läßt, ist ein Erdummkopf und ein gefährlicher dazu. Denn mit dem Tod und dem Blut von Hunderttausenden und Millionen wird das Proletariat die Korrektur jener gemeingefährlichen Dummheit bezahlen müssen.

Noch im November 1923 schrieb der Oberg'scheite Friedrich Adler im »Kampf« von der »Tatsache, daß in Oesterreich die Bourgeoisie ihre bewaffnete Macht schon verloren hat!!! Und so was führt die zweite Internationale. So was will das Proletariat zum Sieg führen über die Kapitalistenklasse.

Wie immer sich die Dinge in den Köpfen der sozialdemokratischen Führer spiegeln, ihre Politik wird bestimmt von den Interessen der Klasse, die in der Sozialdemokratie in Wirklichkeit dominiert, dem Kleinbürgertum. Hier ist die Wurzel und nicht in der Dummheit.

Natürlich kann den kapitalistischen Staatsapparat nur »ändern« die proletarische Revolution. Aber daß die Massen Revolution machen und ihnen dann

die sozialdemokratischen Führer auf den Buckel springen, das war noch anno 1918 möglich. Diese Erfahrung haben die Arbeiter zu teuer bezahlt, als daß sie sich noch einmal wiederholen ließe. Die Revolution vorbereiten und zum Siege führen, das kann nur die proletarische Klassenpartei, die die Massen nicht haben und eben darum erst schaffen, aufbauen müssen. Die Sozialdemokratie wächst, das Proletariat sinkt immer tiefer, immer frecher wird der Rechtsbürgerblock, den die Sozialdemokratie zum Linksbürgerblock wandeln will. Der 15. Juli mit all seinen Auswirkungen hämmert ununterbrochen und immer lauter allen Arbeitern zu die wichtigste Losung: Schafft Eure proletarische Klassenpartei! Schafft Eure proletarische Kampfpartei!

„Der linke Sozialdemokrat“.

Das Wochenblatt der linken Opposition in der sozialdemokratischen Partei.

Unter diesem Titel begann am 10. März ein von der Politischen Arbeitsgemeinschaft herausgegebenes sozialdemokratisches Organ zu erscheinen (es soll wöchentlich herauskommen) zum Kampf gegen den Reformismus und für die Erneuerung der Sozialdemokratischen Partei. Der leitende Artikel gipfelt in dem Satz: Der Arbeiterschaft aus den Betrieben, nicht den kleinbürgerlichen Schichten gebührt die Führung und die Vorherrschaft in der Partei.

Über die grundlegende Frage des Verhältnisses zur Bourgeoisie spricht sich der »Linke Sozialdemokrat« nicht mit voller Klarheit aus. Wer den Weg zur revolutionären Politik beschreiten will, der muß restlos mit der Illusion brechen, als ob dem Proletariat durch irgendeine Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, in welcher Form immer, zu helfen wäre, der muß sich prinzipiell gegen jede Koalition und Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie wenden.

Gegen die Generaloffensive der Reaktion gibt die linkssozialdemokratische Opposition dem Proletariat die Linie: »Sich dem Klassegegner im Kampfe stellen und seinen Vorstoß zum Scheitern bringen.« Das klingt ganz gut, wird aber sofort unklar, da dies bezeichnet wird als die »alte Linie unserer Partei«.

Heißt das die Linie vor dem Krieg? Oder die Linie des Lin S Programmes, das heißt die Linie die zum 15. J geföhrt hat und führen mußte?

Zwei Richtungen gibt es in der Sozialdemokratie: den offenen Reformismus (Renner usw.) und den Zentrismus (Bauer usw.) den sich hinter revolutionären Phrasengebimmel verborgenden verkappten Reformismus. Vom Standpunkt der proletarischen Revolution ist es den Zentrismus, der dem Reformismus die Mauer macht und sein Leben verlängert.

Eine Opposition, die der revolutionären Politik zum Durchbruch verhelfen will, muß sich mit dem Zentrismus auseinandersetzen und sich von ihm klar abgrenzen. »Der linke Sozialdemokrat« spricht von zwei Richtungen. Aber gehört die linke Opposition zum Zentrismus — will sie etwa linkszentristisch sein — oder will sie eine dritte Richtung sein, die sich den Reformisten und Zentristen entgegenstellt? Das ist die springende Frage!

Eine linkszentristische Opposition aufzuziehen, das hieße nichts anderes als dem Zentrismus nach dem unsanften Stoß, die ihm die blutigen Tatsachen vom 15. Juli versetzt haben, zu Hilfe kommen. Hieße den revolutionären Klärungsprozeß nicht beschleunigen, sondern verzögern, erschweren!

Das Verhalten zum Zentrismus wird der Prüfstein sein für den politischen Charakter der sozialdemokratischen Linksoption.

Den Klassencharakter der Sozialdemokratischen Partei schätzt die Opposition richtig ein. Es ist aber nötig, ebenso klar den Klassencharakter der sozialdemokratischen Politik einzuschätzen und den Massen aufzuzeigen. Der kleinbürgerlichen Volkspartei, die die S P ihrer sozialen Zusammensetzung nach ist, entspricht ihre kleinbür-

gerliche Volkspolitik. Und es ist notwendig zu erkennen und auszusprechen, daß das gemeinsame Boden ist für Renner und Bauer. Nicht nach den Worten, sondern nach den Taten muß man in der Politik urteilen. Das gilt am meisten gegenüber jedem Zentrismus.

Alles in allem ist also die Plattform der linkssozialdemokratischen Opposition sehr unklar, verschwommen, voll von Illusionen und vielfach sehr oberflächlich (z. B. Reinheit der Gewerkschaftsbewegung als Losung ist absolut oberflächlich, notwendig ist auch hier bis zu der Frage hinabzusteigen: Zusammenarbeit mit den Untermehrern oder Klassenkampf.)

Aber wenn eine Linksoption in der S P auch auf den Plan tritt, so kann sie zunächst nichts anderes sein als unklar, verschwommen, illusionär, unzulänglich. Die Frage, die wir revolutionäre stellen müssen ist, ob bei aller Unzulänglichkeit der politische Ausgangs- und Zielpunkt der sozialdemokratischen Linksoption so beschaffen ist, daß er zu ihrer Durch- und Umbildung in revolutionärer Richtung führen kann. Der Arbeiterschaft die Führung und Vorherrschaft, ist ein richtiges Ausgangs- und Zielpunkt.

Der Weg allerdings, den die linke S P - Opposition beschreitet und, weil befangen in demokratische Illusionen, beschreiten muß, ist falsch. Die Sozialdemokratische Partei zu reformieren, zu erneuern — in proletarischem Sinne, so nämlich, daß sie wieder wie in alter Zeit proletarische Klassenpartei wird — ist unmöglich. Diese großartige Einrichtung, die es den kleinbürgerlichen Schichten ermöglicht, die hunderttausende von Arbeitern und Angestellten hinter sich im Schlepptau zu ziehen für kleinbürgerliche Klasseninteressen, diese großartige Einrichtung läßt sich das Kleinbürgertum in der Partei — und von seinem Klassenstandpunkt mit Recht — weder durch Reform noch durch etwas sonst entwinden. Der Weg zur proletarischen Klassenpartei führt nicht über die Reform und Erneuerung der Sozialdemokratie. Die proletarische Klassenpartei kann nur außerhalb der Sozialdemokratie aufgebaut werden. Nur ein Zentrum außerhalb der S P vermag die Proletarier von der kleinbürgerlichen Führung zu lösen und um das proletarische Klassenbanner zu sammeln, um das Banner der proletarischen Revolution.

Der Weg der Opposition wird und kann nicht zur Erneuerung der Sozialdemokratie führen. Aber in all den vielen und schweren Enttäuschungen, zu denen dieser Weg führen wird und führen muß, wird sich durch alle Schwankungen, Rückfälle, Abfälle, Unfälle hindurch — und daran wird es nicht man-geln! — jene Erfahrung sammeln, die am Ende des bitteren Weges Erkenntnis, Kraft und Mut findet zum richtigen Ziel, den richtigen Weg zu betreten:

Schaffung und Aufbau des selbständigen proletarischen Klassenpartei!

Frühlingslüfte . . . . .

Also Renner spürt Frühlingslüfte. So sagt er vor den sozialdemokratischen Kleinbauern. Man kann's ihm wirklich glauben, daß ihn die Wahlen in Bruck, die Wahlen in Polen, denen noch die sozialdemokratischen Wahlsiege in Frankreich, Deutschland, Belgien, Schweiz, England folgen werden, freuen; hofft er doch so die Christlichsozialen schließlich zu zwingen, den Rechtsbürgerblock aufzugeben und mit der Sozialdemokratie die Koalition, lies: den Linksbürgerblock, zu bilden.

Die Sozialdemokratie stellt die Massen darauf ein die Wählerfolge 1928, dieser »Linksruck«, werde die Wendung bringen. Es ist die größte Illusion, die da in die Köpfe der Arbeiter gehämmert wird, und mit der größten Enttäuschung und Schwächung der Arbeiterschaft enden muß, wenn es nicht gelingt das Proletariat rechtzeitig von dieser Illusion zu befreien.

Der Kriegssturm braust immer näher heran. Wird der »Linksruck« ihn bannen? In Frankreich werden die Wahlen die Sozialdemokratie in die Regierung heben: Aber ihr Paul Boncour hat das furchtbare Kriegsleistungsgesetz geschaffen! In Eng-

land wird die Sozialdemokratie vielleicht allein zur Regierung kommen. Aber ihr Mac Donald hat ja schon einmal unzufriedene indische Löhner durch Bombardement aus Flugzeugen »beruhigen« lassen. Mit den Friedensaussichten sieht es also trotz »Linksruck« windig aus: Die Koalitions- oder gar »Arbeiterregierungen« werden nur dazu dienen, die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten geschickter zu maskieren.

Wird der Linksruck zur Besserung der parlamentarischen Lage der Arbeiter führen? Nein! Die Bourgeoisie schließt Koalition mit der Sozialdemokratie niemals zu dem Zweck den Arbeitern zu helfen, sondern einzig und allein zu dem Zweck, um sich selbst über gewisse Schwierigkeiten zu helfen (zum Beispiel wenn die Massen rebellisch sind, die Bourgeoisie ihre Vorbereitungen mit eiserner Faust dreinzuführen noch nicht genügend abgeschlossen hat) und um dann die Arbeiterschaft umso gründlicher hineinzulegen.

Und wird der rebellische Geist ist der Arbeiterschaft gar zu stark, dann läßt die Bourgeoisie die »sozialistische Regierung«, die »Arbeiterregierung« nach vorn, um mittels die-

ser noch raffinierteren Methode dasselbe wie mit der Koalition zu erreichen.

Die riesige, unvermeidliche Enttäuschung über diese Linkskoalitions-, »sozialistischen« und »Arbeiterregierungen« werden, wie die Imperialisten rechnen, die Massenstimmung schaffen, bei der sie den nächsten Weltkrieg wagen können, zu dem der wachsende Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktion und profitbringender Absatzmöglichkeit sie immer schärfer treibt.

Die Herrschaften übersehen nur die Kleinigkeit, daß gerade in dieser Periode dieser Linkskoalitions- »sozialistischen« und »Arbeiterregierungen« den Massen durch die Erfahrungen am eigenen Leib die Schuppen von den Augen fallen werden. Die »Frühlingslüfte« werden da und dort ein Linsengericht aber keine Besserung der Lage der Arbeiter bringen. Wohl aber werden sie bei richtiger Arbeit der Kommunisten den Weg freimachen zur revolutionären Politik, die allein die Arbeiterschaft befreien und heben kann.

„Vertrauliche Besprechungen.“

Vor kurzem ritt der Faschistenhäuptling Vizekanzler Hartleb eine scharfe Attacke im Parlament gegen die sozialdemokratischen Führer in der Frage Schober. Bekanntlich nimmt es Hartleb mit der Wahrheit nicht sehr genau. Wir wollen uns daher nur an das halten, was ihm die SP-Führer geantwortet haben. Und da kommen sehr erbauliche Sachen heraus.

Am 15. Juli schoß die Schöberpolizei 90 Proletarier wie Hasen ab.

Am 16. Juli haben nun die sozialdemokratischen Führer mit Schober gesprochen.

Der Inhalt dieser Besprechungen war vertraulich.

Der Inhalt dieser Besprechung bestand in der Erörterung der entsetzlichen Verhältnisse in jenen Tagen.

So der Nationalrat Eisler. Siehe die »Arbeiter-Zeitung« vom 25. Februar, Seite 3.

Daß Schober seinen dienstlichen Vorgesetzten (Innenminister und Bundeskanzler) über das vertrauliche Gespräch berichten mußte, mußte den SP-Führern von vornherein klar sein. Die Vertraulichkeit der Besprechung konnte sich also nur beziehen auf die Massen, auf die Arbeiterschaft.

Warum sagen sie den Arbeitern nicht offen, was sie am 16. Juli mit Schober »vertraulich« besprochen haben? Da nach ihrer Ansicht Schober die »Vertraulichkeit« gebrochen hat, sind sie selbst nach ihrem eigenen Begriff von Anständigkeit nicht gebunden. Solange sie nicht klipp und klar der Arbeiterschaft offen

und öffentlich die Wahrheit sagen, bleibt nur ein Schluß offen: sie haben am 16. Juli mit Schober »vertraulich« besprochen, wie die Massen am schnellsten zu »beruhigen«. Mit einem Wort: wenn auch anderer Meinung über die Methode zur »Beruhigung« der Massen, so haben die sozialdemokratischen Führer zu eben diesem Zwecke am 16. Juli, am Tage nach dem Blutbad, mit Schober »vertraulich« besprochen, das heißt zusammengearbeitet. Gegen wen? Gegen die Massen, gegen die Arbeiterklasse.

Der Bankrott in Donawitz.

Am 15. März haben in Donawitz die Betriebsratswahlen stattgefunden. Von den abgegebenen 3917 Stimmen entfielen auf die Liste des Metallarbeiterverbandes 2404 (früher 1991), die Kommunistische Partei erhielt 227 (früher 706), die Hakenkreuzler dagegen 951 Stimmen (früher 131).

Die Pariser Kommune

18. März 1871.

I. Das zweite Kaiserreich (1851—1870).

Gerade in unserer Zeit, in der die kleinstädtischen Illusionen im Proletariat so stark sind, ist es notwendig, das Augenmerk jener großartigen und tragischen ersten proletarischen Revolution zuzuwenden, die das erstmal in der Geschichte das Proletariat an der Macht zeigte, der Pariser Kommune.

Auf den Schultern der Bourgeoisie, auf dem Nacken des Proletariats hatte sich Louis Napoleon durch einen Staatsstreich der Herrschaft am 2. Dezember 1851 bemächtigt. Ein Abenteurer, der Chef einer zahlreichen Bande deklarerter, korrupter Spekulanten, Nichtstuer und Tagediebe, errichtete er, umstrahlt von der Größe seines Oheims (Napoleon Bonaparte) die Herrschaft einer Schmarotzerschichte, die zwischen Bourgeoisie und Proletariat ihre Macht ausbalancierte, indem sie sie gegeneinander ausspielte, schwächte und sie beide ausplünderte. Eroberung von Kolonien, Schaffung neuer Märkte, gewaltige Bauten auf Staatskosten sollten der Bourgeoisie Gelegenheit zum Profit und der Arbeiterschaft Arbeitsgelegenheit geben. Phantastische, von Napoleon selbst geförderte Spekulationen und Transaktionen der Pariser Börse, sollten Frankreich zum Mittelpunkt der Welt und Napoleon zum Mittelpunkt Frankreichs machen. Schwindeldründungen und Schwindelunternehmungen schossen wie Pilze hervor, ein Spekulationsfieber, wie es

Der Metallarbeiterverband erhält 13 Mandate (früher 14), die Komm. Partei 1 (früher 4), die Hakenkreuzler 5 (früher 0).

Die opportunistische, passive, stalinreue Politik der Aiserstraße hat dazu geführt, daß sie nicht nur 60 Prozent der Stimmen und 75 Prozent der Mandate verlor, sondern, daß ihr Anhang direkt zur Konterrevolution überging.

Die Hamburger Wahlen.

Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg erhielt die K P D 114.000 Stimmen, dagegen eine Liste »Internationale Kommunisten (Arbeiter-Opposition)« nur 714. Die Stalin-Pressen von Moskau bis Wien verkündet nun: »Seht, die Opposition bekommt in Hamburg nur 700 Stimmen.«

Wozu nur zu bemerken ist, daß die in Hamburg aufgestellte Liste »Internationale Kommunisten (Arbeiter-Opposition)« nicht das Geringste mit unserer deutscher Opposition (Urbahnsgruppe) zu tun hat. Die Liste stammt von Anhängern des ultralinken Professor Korsch, der Trotzky und die deutsche Opposition scharf bekämpft. Die Urbahnsgruppe unterstützte dagegen die K P D und verhalf ihr zu dem bedeutenden Wahlerfolg.

Schober will den Österreichischen Roten Frontkämpferbund verbieten!

Die Polizeidirektion hat beim Bundeskanzleramt das Verbot des Oe. R. F. B. beantragt und die Sistierung der Vereinstätigkeit des R. F. B. verfügt. Dieser schändliche Gewaltstreik — der übrigens vollkommen ungesetlich ist — zeigt ganz klar den Kurs in Oesterreich: Arbeiterorganisationen werden gesetzwidrig aufgelöst, schwerbewaffnete faschistische Organisationen werden von der Regierung selbst organisiert und bewaffnet. Und das ganze bezeichnet die Sozialdemokratie als »unsere Demokratie«.

Beschauliche Betrachtungen der „Roten Fahne“.

Seit geraumer Zeit kann der aufmerksame Leser der »Roten Fahne« eine neue »Linie« oder besser gesagt, einen »neuen Gesichtspunkt« bei der Leitartikeln der »R. F.« wahrnehmen. Früher, vor dem 15. Juli war die »leitende Idee«: die Massen wollen nicht kämpfen, sie sind von Ohnmachtsgefühlen beherrscht, die Illusionen siegen.

Nach dem 15. Juli bewies die »Rote Fahne«, daß durch den Bankrott des Austromarxismus, die Sozialdemokratie als Partei erledigt (!) sei. Und

als die boshafte Entwicklung auch diese Hoffnung auf einen »automatischen Zusammenbruch der SP.« zunichte machte, da begann eine neue »Idee«, nein, ein neuer »Gesichtspunkt«, in der »Roten Fahne« aufzutauchen: Es genüge, statt die sozialdemokratische Politik zu bekämpfen, die Politik der Sozialdemokratie zu betrachten. Der Herold dieser beschaulich-betrachtenden Politik ist niemand anderer als Josef Strasser, dieser alte Pessimist und Demokrat, der stets am rechten Flügel der Komintern stand und niemals begriffen hat, daß der Kampf des Kommunismus um die Herzen und Hirne der reformistisch versuchten Massen etwas ganz anderes ist, als in der Sozialdemokratie die offenen Reformisten zu kritisieren.

Was vermag nun dieser Politiker der Beschaulichkeit den revolutionären Arbeitern über die konkreten Ziele und Bestrebungen der Reformisten zu sagen? Darüber gibt ein Artikel, betitelt »Die organisierte Hoffnungslosigkeit« Aufschluß: (R. F. 16. II.)

Seitdem es Parteien gibt, hat jede Partei von den Hoffnungen ihrer Anhänger gelebt, unsere Sozialdemokratie lebt von ihrer Hoffnungslosigkeit, sie züchtet, sie organisiert die Hoffnungslosigkeit.

Was bedeutet das Wachstum einer solchen Partei? Daß das Vertrauen zu ihrer Kampflust und Kampftüchtigkeit wächst? Nein. Zur sozialdemokratischen Partei kommen heute nur die, die ihre Ruh' haben wollen, die an die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes nicht glauben und darum jedem Kampf ausweichen möchten, die Pazifisten die Leisetreter, die Leute, die nirgends anstoßen wollen.

Lebt wirklich »unsere Sozialdemokratie von ihrer Hoffnungslosigkeit«? Treten in sie wirklich nur »die Leisetreter« ein?

Beide Behauptungen haben mit einer marxistischen Analyse der sozialdemokratischen Politik nicht das Geringste zu tun.

Vegetiert die SP wirklich in »fortschreitender Hoffnungslosigkeit«? Keine Spur! Was sie will, das ist, daß in der Arbeiterklasse das Gefühl, »jede Arbeiter, jeder Kampf ist hoffnungslos« entsteht! Was die Führer der SP hoffen — und nur diese Hoffnung zu verwirklichen, entfalten sie tausend Künste — das ist die Koalition. Um sie zu erreichen bahnen sie dem Geist der Arbeitsgemeinschaft, des »Wirtschaftsfriedens« in den Gewerkschaften den Weg! Um sie zu erreichen, erklären sie der Kirche, daß sie beiläufig nicht ihre Feinde seien, sondern sich nur wehren müssen, wenn die Kanzel zum christlichsozialen Podium wird. Um sie zu erreichen, verzichten sie auf eine Mobilisierung der Massen für die Verteidigung des Mieterschutzes! Um ihrerwillen verzichten sie auf Obstruktion im Parlament, lassen sie sich überall ruhig überstimmen.

Und die Hoffnung aller Hoffnungen, das Ziel, dem sie wirklich zustreben, das in ihnen schwärmerische Begeisterung erweckt, das ist eine »anständige, demokratische Republik«, in der zwar die Rothschilds und Siegharts nicht weniger verdienen wie jetzt, aber in der weniger gestohlen und vergeudet wird, wie in der Ära Ährer-Rintelen — Mataja etc. Die Republik, in der zwar das Heer die kapitalistische Gesellschaftsordnung bedingungslos verteidigt, in der aber das Heer nicht zu einer Versorgungsanstalt für Monarchisten und zum Hort der k. u. k. Traditionen wird, sondern republikanisch und anschlussfreudig ist. Die Republik mit einem gesunden und reichen Bauernstand, der Vieh mästet, rationell

Milch verwertet, modern düngt, mit einem Wort: Eine bürgerliche, liberale Republik, mit verschleierten Klassengegensätzen, einer Milchmutterwirtschaft, Fremdenindustrie und republikanischen Lesebüchern, Offizieren und Ministern.

Für dieses Ziel die Arbeiter in den Kampf zu führen, das ist das Um und Auf der sozialdemokratischen Politik, — der Politik dieser Volkspartei, die nicht kämpfen für den Sozialismus, für die Arbeiterklasse, sondern gegen die monarchistisch-klerikalen Auswüchse der bürgerlichen Republik.

Wissen aber das die zehntausenden Arbeiter, die in die SP eintreten? Wissen es die Hunderttausende, die bereits seit Jahren Mitglieder sind? Wer das behauptet, verzweifelt an der Arbeiterklasse. Wer das behauptet, vermag die sozialdemokratischen Arbeiter nicht aufzuklären, nicht zu gewinnen, sondern verurteilt sie und treibt sie damit erst recht dem Reformismus in die Arme.

später nur mehr die Inflationszeit in Deutschland und Oesterreich kannte, beherrschte Paris; alles ward käuflich und an allem bereicherte sich die »Platte-Bonaparte«. Die Staatsschulden stiegen, es stiegen die Steuern, es wuchs der Unwillen der Bauern, die ihr Land verkaufen mußten, um Steuern zu zahlen, es wuchs die Teuerung und mit ihr der Haß der Arbeiterklasse gegen das herrschende Regime; die die Regierung erdrosselte jede politische Tätigkeit der Arbeiter und förderte fieberhaft den Klerikalismus, insbesondere im Schulwesen.

Diese Politik der planmäßigen Hochstapelei, die zur Verschärfung der sozialen Spannungen führte, die Gunst breiter, oppositioneller Bourgeoisie-Kreise nicht verschaffte und den Haß und die Verachtung der gesamten Arbeiterklasse steigerte, während die legitime Aristokratie kühl lächelnd das Ende des Emporkümmelns erwartete, führte dazu, daß nur mehr ein siegreicher Krieg dem bonapartistischen Kaiserreich neuen Glanz und neue Hilfsquellen zuführen konnte, daß nur mehr in einem solchen »Feuer« das auseinandergefallene Kaisertum zusammengeschweißt werden konnte. So bot die Differenz mit Preußen die willkommene Gelegenheit, so kam es zum Krieg von 1870.

II. September- und Märzrevolution.

Der kriegerische Zusammenprall legte vor ganz Europa die tiefe Zersetzung des französischen Kaiserreiches bloß. Die Armee war ein Spiegelbild der Gesellschaft. Schlecht ausgerüstet, von unfähigen Günstlingen kommandiert, erfüllt von der Verbitterung der

bäuerlichen Massen gegen das Regime, unterlag sie in den entscheidenden Schlachten. Die Niederlage sprengte die letzten Bindungen Frankreichs an die Abenteurer-Gesellschaft. Ein Sturm der Entrüstung legte das Kaiserreich hinweg, die Bourgeoisie errichtete mit den Fäusten der Arbeiter die Republik vom 4. September 1870, die Republik des nationalen Widerstandes. Der Name verschwand, das System blieb dasselbe; ein einziges Gefühl belebte und befeuerte die Regierung, die vor den Preußen auf den Knien rutschte: Haß und Furcht vor der Arbeiterschaft, der Gedanke, die Arbeiterklasse niederzuschlagen. So kam es in den Märztagen in der Nacht vom 17. auf den 18. März zum Versuch der Regierung, die Waffen des Proletariats, der Pariser Nationalgarde, zu stehlen. Der Versuch mißlang — das Volk verstand den Zweck des Diebstahls und übernahm selbst am 18. März 1871 die Herrschaft.

III. Die Pariser Kommune.

Die Kanonen Preußens vor den Toren, so übernahm das Proletariat von Paris die Macht. Zögernd und unentschlossen. Seiner eigenen Kraft noch nicht bewußt. Noch fehlte ihm die Voraussetzung des Sieges, eine ziel- und weglare revolutionäre Partei; kleinbürgerliche Reformisten (die Anhänger Proudhon) und revolutionäre Anarchisten (Anhänger Blanquis) diskutierten die Revolution, statt sie zu führen und zu organisieren. Tastend und suchend, trotz aller Fehler, entwickelte sich die Revolution und schuf, getrieben von der Notwendigkeit die Staatsmacht neu zu organisieren, den neuen Typus der

Die Arbeiter in der SP und die in sie eintreten glauben noch immer daran, daß diese Partei eine Arbeiterpartei sei, die die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, die den Sozialismus anstrebt. Und wenn ihre Erwartungen trügen, dann lassen sie sich — weil eben eine breite revolutionäre kommunistische Auklärung fehlt — einreden, nicht die SP - Politik, sondern die schlechten Verhältnisse an und für sich und in Oesterreich besonders, seien schuld!

Soviel über diese zwei neuen Weisheiten den Roten Fahne. Mit Marxismus, mit Kommunismus hat ihr jämmerliches Gestammel nichts zu tun!

### Wörterbuch.

Zum besseren Verständnis der sozialdemokratischen Presse (dazu gehört auch die Gewerkschaftspresse, Arbeit und Wirtschaft usw.): Schreiben sie von Interessen der »Volkswirtschaft« oder der »Wirtschaft« lies immer Interessen der kapitalistischen Wirtschaft, der Unternehmerschaft. Schrei-

ben sie vom »Staat«, »Republik«, »Demokratie«, lies immer kapitalistischer Staat, bürgerliche Demokratie. Schreiben sie von »Industrie«, lies immer Kapitalistische Industrie, Industri Kapitalisten. Schreiben sie »man« — das Wort ist unbezahlbar — dann lies die Kapitalistenklasse, die Bourgeoisie, die Unternehmer, die Kapitalistenrepublik, die Kapitalistenregierung. Oder schreiben sie »Gemeinwohl« — lies das Wohl aller, soweit die Kapitalisten es zulassen...

Schreiben sie von »anständigen«, »vernünftigen« Menschen (im Bürgertum oder im allgemeinen), denk daran, daß sie damit alle meinen, die so anständig und vernünftig sind, die Arbeitsgemeinschaft, die Koalition zu wollen. Die Koalitionspolitik zwingt der Sozialdemokratie jenen bürgerlichen Jargon auf, worin der Unterschied zwischen Kapitalisten und Proletariern verschwindet. Mit solchen Wörtern wie »Industrie« jongliert daher die bürgerliche, aber auch die Kleinbürgerliche (sozialdemokratische) Presse mit besonderer Vorliebe.

## Wer bekommt eine Gemeindewohnung?

In Floridsdorf, Jedleseerstraße, ist der große Neubau, die sogenannte Gartenstadt vollendet und zum Teil wohnfertig. Hunderte Familien, die entweder in elenden Wohnungen hausen müssen oder in Untermiete sind, die getrennt leben müssen oder gar unterstandslos sind, haben ihre ganze Hoffnung auf diesen Bau gerichtet. Mit begründeter Hoffnung konnten sie auf eine Wohnung in diesem Neubau rechnen, waren sie doch schon drei und mehr Jahre vorgemerkt und auf die Vollendung dieses Baues immer wieder vertröstet worden. Doch wie groß ist ihre Enttäuschung jetzt, da der Bau fertig ist sind die Wohnungen bereits vergeben! Diese armen Teufel haben mit der Freunderlwirtschaft in der SP, die bei der Wohnungszuweisung so recht zum Ausdruck kommt, nicht gerechnet.

Einer der maßgebenden Faktoren in Jedlesee in der Wohnungszuweisung, ist der Obermacher der SP »Genosse« Binert. Zu diesem kam vor kurzem ein Genosse (SP) und ersuchte ihn um eine Wohnung im Neubau, da er in sehr mißlichem Wohnverhältnis sei. Darauf erwiderte ihm Binert wörtlich: »Ja, mein Lieber, Du laßt Dich ja die ganze Zeit bei uns nicht anschauen.« Da is nix zu machen. Gemeint ist »im Heim«, wo Binert Kantineur ist. Nach Meinung Binerts ist nur der anspruchsberechtigt, der im Heim zecht und schläft.

Die Familie Peichl wohnte im Gemeindebau Pragerstraße, bewarb sich um einen Hausbesorgerposten in der Gartenstadt, erhielt ihn ohneweiters und ist auch schon übersiedelt. Nun steht die Wohnung auf der Pragerstraße frei, auf die der Filial-

leiter des Konsumvereines Rukteschl reflektiert. Dieser hat eine schöne Wohnung, Zimmer und Küche (für drei Personen), ist aber damit nicht zufrieden, und möchte tauschen. Die Sache geht aber nicht so einfach, weil sein Hausherr nicht darauf einget. Nun wendete sich Rukteschl an Gemeinderat Löttsch. Dieser erklärte ihm: »Du kannst beruhigt sein. Du bekommst die Wohnung und wenn sie ein halbes Jahr leer steht. Also weil ein Rukteschl auf eine Wohnung sich kapriziert, muß sie leer stehen, wenn auch hunderte obdachlos sind.

Ein dritter Fall: Ein Arbeiter, der schon jahrelang vorgemerkt ist und von Jahr zu Jahr vertröstet wird, zuletzt auf den Bau Jedleseerstraße, geht, nachdem er erfährt, daß die Wohnungen in diesem schon zum Teil vergeben sind, zum Gemeinderat Löttsch und fordert das Versprechen ein, worauf sich ein Wortgefecht entspinnt, weil man ihn wieder vertrösten

proletarischen Herrschaft, das System der gewählten, jederzeit aberufbaren Räte. Der Rat der Kommune bekannte sich zur Weltrepublik, wählte Ausländer in seine Mitte, vertrieb die Kirche von allen Machtstellungen, verbot den Verkauf der Pfänder im Leihhaus und stundete die Wohnungsmieten, nationalisierte die stillgelegten Betriebe; eine Fülle von kühnen Reformen wurden ausgearbeitet.

Zeigte der Beginn der Revolution Schwanken und Unentschlossenheit, so gestaltete sich der Zusammenbruch, der angesichts der militaristischen Lage und des Fehlens jeder revolutionären, zielklaren Führung unabwendbar war, zu einem Drama des gewaltigsten proletarischen Heldentums. Männer, Frauen, Kinder und Greise verteidigten die Stadt gegen die entmenschten Horden der Konterrevolution. Zehntausende wurden hingemordet, in einem Meer von Blut feierte jauchzend die bürgerliche Demokratie ihren Triumph...

Die Erfahrungen der Pariser Kommune wurden für Marx und damit für das internationale Proletariat von ungeheurer Bedeutung. Die Erfahrungen dieser ersten proletarischen Diktatur hat Marx in dem berühmten Satze zusammengefaßt, daß die nächste proletarische Revolution »nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen« habe!

K. L.

will, was diesen in begrifflicher Weise in Erregung bringt. Die Folge: Polizei wird angerufen und der Arbeiter abgeführt.

Vierter Fall: F. hat eine schöne Wohnung in der O'Briengasse, mit der er zufrieden ist. Nun bekommt er die Verständigung, daß er am 1. Februar die Wohnung in der Gartenstadt beziehen könne. F. erklärt, daß er auf die Wohnung nicht reflektiere, da er mit der seingigen zufrieden sei. Nichtsdestoweniger besteht der Sektionsleiter der Sektion VII der SP darauf, daß F. in die Gartenstadt übersiedle, weil F. Funktionär bei dieser Sektion ist und der Sektionsleiter Felber wahrscheinlich seine Mannen dort beisammen haben möchte. F. lehnte schließlich ganz entschieden ab mit der Erklärung, daß er seines Leidens halber nicht mehr lange werden müßte können in der Politischen und auf seine alten Tage nicht übersiedle.

Ja, wenn heute unser alter Kämpfer Schuameier aufstehen könnte und sehen würde, was aus seiner einst so stolzen Partei, für die er gekämpft und gestorben ist, geworden ist, er müßte die SP genau so bekämpfen, wie er damals die Christlich-Sozialen bekämpfte. Denn die SP hat das Erbe der Christlich-Sozialen angetreten. Die Freunderlwirtschaft blüht uwer Seitz wie unter Lueger. H. K. XXI.

### Vermischtes.

**Aus faschistischen Geheimbriefen.** In einem Geheimbrief der Ehrhardtfaschisten, der blutigsten Faschisten Deutschlands, datiert, vom 14. Dezember 1927 heißt es: »Es wird sich vor allem darum handeln, Anschluß an die Rotfrontleute zu bekommen, um dort feste Propaganda für die russische Stalinrichtung zu machen...«!!! Sie haben eine gute Nase, die Faschisten. Sie wissen genau, daß der Kurs Stalins gegen das Proletariat geht für die Kulaken (Großbauern) und die Nepbourgeoisie und daß die Opposition Trotzkys für das Proletariat kämpft. So ist's auch in Oesterreich. Die österreichische Stalinpartei hat die Aufgabe — und keine andere — den antirevolutionären Stalinkurs in Oesterreich zu maskieren und, wo es geht, durchzuführen.

**12 Millionen Schilling** mehr wurde in einem Jahr durch die Zolltarifnovelle ausgepumpt. Dabei ist aber erst ein kleiner Teil der Novelle in Kraft getreten.

**Der Steuerschwindel.** Die großen Aktiengesellschaften leisten nicht einmal 1/3 ihrer Vorkriegssteuerleistung. Dafür preßt die demokratische Republik desto mehr aus den Werktätigen.

**Niedrige Löhne Diebstahl an der Allgemeinheit.** Wahrhaftig, so sprach vor einiger Zeit der amerikanische Handelsminister! Man denke! Flugs, teils der »Vorwärts«, das Organ der österreichischen Buchdruckereiarbeiter mit und wird den europäischen Unternehmern vor, daß sie das eine Geheimnis der amerikanischen Wohlfahrt, hohe Produktion bei verkürzter Arbeitszeit und hohen Löhnen nicht würdigen. Wir glauben, daß die amerikanische Wohlfahrt uns sehr wenig angeht, destomehr aber die Wohlfahrt der amerikanischen Arbeiter und da ist es wohl wahr daß viele von ihnen hohe Löhne bei verkürzter Arbeitszeit bekommen, aber ein Gewerkschaftsblatt darf nicht verechweigen; daß mindestens doppelt und dreimal so hoch als die Besserung an Lohn und Arbeitszeit zusammen ausmacht, die Steigerung der Arbeitsleistung, die Steigerung der Ausbeutung emporgetrieben ist. Die Amerikanisierung ist der gigantischste Betrug an den Arbeitern, die wahnsinnigste Verschlechterung der Lage der Arbeiter, die sich selbst bei den bestbezahlten äußert in schnellster Auemergelung, Verküppelung und vor allem in gewaltiger Verkürzung der Lebensdauer. Der Arbeiter kriegt mehr, aber er muß noch viel mehr hergeben. Seine Ausbeutung steigt riesenhaft. Das ist die Wahrheit!

**Bankengewinn.** Die vier Wiener Großbanken hatten 1926 einen Brutlogewinn von mehr als einer Billion Kronen.

**Geburtenrückgang.** In Wien sterben seit einiger Zeit allmonatlich um etwa 900 Menschen mehr, als geboren werden. Einerseits können sich bei der wachsenden Not immer weniger Proletarier Kinder erlauben. Andererseits sterben die Proletarier rascher hin. Zehnmal in jedem Monat wird die Julischlacht geschlagen. Am 15. Juli schoß die Bourgeoisie 90 Proleten hin. Die Sozialdemokratie »wich dem Kampfe aus«. Um dem Proletariat die Opfer zu ersparen... Nach den blauen Julibohnen serviert die Bourgeoisie »Zuzahlen des Riemens um den Proletariermagen« und statt 90 fallen allmonatlich 900 hin. Wie lange noch?

**Produktive Arbeitslosenfürsorge.** Nach einem Bericht der IBK wurden 1925 im Monatsdurchschnitt 1.000 Arbeiter auf dem Wege über die Arbeitslosenfürsorge vermittelt. Ein Tropfen auf einen heißen Stein. Für die Arbeitslosen (und gar erst die Ausgesteuerten) geschieht nichts wirklich ernstes. Doch halt: die Sozialdemokratie hebt bei allen beschäftigten Mitgliedern Extrabeiträge ein, um den Arbeitslosen zu helfen. Schön! Was? Den Arbeitslosen auf Kosten der anderen Arbeiterschaft zu helfen, die Kunst verstehen die Kapitalisten auch. Das ist kapitalistische Politik. Von einer Arbeiterpartei erwarten die Arbeiter proletarische Politik, das heißt Hilfe den Arbeitslosen auf Kosten der Kapitalisten.

**Seipel, ein Mann viel schlimmer als der Teufel.** So schreibt die »Arbeiter-Zeitung« am 24. Feber im »Mietertied«. Wir sind weit davon entfernt in Herrn Seipel verliebt zu sein. Aber man verdecke nicht mit der Person die Sache. Nicht Seipel macht die Kapitalistenklasse, sondern umgekehrt. Ein Sturz Seipels ändert für die Bourgeoisie nur die Kulisse. Aber gerade das muß die SP den Arbeitern verschweigen. Seipel muß für sie der Teufel sein, weil sein Sturz dann als Befreiungstat erscheint und die Koalition — als Erfolg. Die Kapitalistenklasse stürzen wenn immer sie an die Spitze stellt, ob Seipel, Gürtler, Renner oder Bauer, das ist die Aufgabe.

**Das Kirchenvermögen und der Freidenkerbund.** In Oesterreich gibt es 4661 Pfaffen und 387 Pensionistenpfaffen, die vom Staat erhalten werden, obszwar die Kirche in Oesterreich 230.000 Hektar Grund besitzt. Außer den »offiziellen« Pfaffen haben wir noch 27.000 Ordenspriester, Laienbrüder und Schwestern, wozu noch 3000 im Burgenland kommen. In Oesterreich gibt es 984 Klöster. Der »Freidenker« (Nr. 2) berichtet das ohne Kommentar. Gegen die Kirche bloß mit Aufklärung kämpfen ohne die Grundwurzel ihrer Macht anzutasten, ihr Reichtum, ist vergebliches Beginnen. Sie verzichtet eher auf einen Glaubensartikel als auf ein Tausendstel ihres Vermögens. Eine im proletarischen Sinne geführte Freidenkerorganisation müßte eine systematische Propaganda treiben, um die Kirche von ihrem Vermögen zu befreien. Daß der Freidenkerbund das nicht tut beweist am deutlichsten die Kleinbürgerliche Einstellung, von der aus seine Tätigkeit heute geleitet wird.

**Das amerikanische Märchen.** Die Prüfung von 16 Hauptindustriezweigen in der Vereinigten Staaten ergab, daß im Durchschnitt jeder Arbeiter im Jahre 1914 zusammen 580 Dollar, im Jahre 1923 zusammen 1255 Dollar verdiente. Der Jahreslohn des Einzelarbeiters stieg um 116 Prozent, die Produktion wuchs um 150 Prozent. Das Jahreseinkommen betrug 1923 1880 Dollar. Wir dürfen uns durch die hohen Geldlöhne nicht täuschen lassen. Von einer dünnen Schichte abgesehen verdienen die amerikanischen Arbeiter, wenn wir die Kaufkraft ihrer Löhne berücksichtigen, nicht einmal das Existenzminimum. Dabei werden Arbeitsleistungen aus ihnen gepumpt, die ihr Leben um ein Drittel verkürzen. Die Ausbeutung der Arbeiter in Amerika ist größer als die der europäischen Arbeiter. Darum ist »Amerikanisierung« das Ideal der europäischen Ausbeuter. In neuester Zeit haben die reformistischen Gewerkschaftsführer Europas die »Amerikanisierung« zur Zentrallosung ihrer reformistischen (sozialdemokratischen) Gewerkschaftspolitik gemacht.

### Mitteilungen des ROTEN FRONTKÄMPFERBUNDES (in Gründung)

Auskünfte: Täglich (mit Ausnahme Dienstag) in der Zeit von 7 bis 10 Uhr abends, werden im Extrazimmer des Gasthauses Fanowitsch, Wien, XVI., Koppstraße 47, Telefon 30-6-18 erteilt, sowie Neubeitritte entgegengenommen.

### Gesangslustige Genossen

(Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose) werden ersucht, dem Gesangsverein »Karl Liebknecht« beizutreten. Übungsende jeden Montag, Gasthaus Axmann, XX., Marchfeldstraße 27.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24 Druck: Buch- u. Kunstdruckerei »Donau«, Wien, III., Custanzgasse 8